

Newsletter aus Brüssel

04.7.2018, Ausgabe 32

IG Metall Verbindungsbüro



Inhalt

- Gipfel ohne Ergebnis
- US-Regierung verhängt Einfuhrzölle auf Stahl und Aluminium
- Neue CO2-Standards müssen sowohl die soziale als auch die ökologische Nachhaltigkeit unterstützen
- Industriepolitisches Frühstück der IG Metall in Brüssel

Gipfel ohne Ergebnis

Trotz vorheriger Versprechen haben die Staats- und Regierungschefs der EU auch bei ihrem jüngsten Treffen keine Fortschritte bei der Reform der Eurozone erzielt.

Die europäische Flüchtlingspolitik hat die so dringend benötigte Reform der Wirtschafts- und Währungsunion aus den Nachrichten verdrängt. Allerdings fielen die Ergebnisse des Europäischen Rates vom 29./30. Juni 2018 zur Reform der Eurozone auch nur überaus bescheiden aus. Im Vorfeld hatte vor allem der französische Präsident Emmanuel Macron die Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion mit einer Vollendung der Bankenunion und der Schaffung eines gemeinsamen Fiskalpuffers vorangetrieben. Eine Vereinbarung für einen Mechanismus zum kontrollierten Abwickeln kriselnder Banken, im Vorfeld des Treffens als das höchste erreichbare Ergebnis beim Thema Eurozone gehandelt, wurde nicht erzielt. Unter den Bremsern fand sich Deutschland. Gleiches gilt für die umstrittenste Säule der Bankenunion, das Europäische Einlagensicherungssystem. Als Begründung wurde angeführt, dass Banken, insbesondere in Italien, ihre Risiken nicht ausreichend reduziert hätten. Vertagt ist auch die Beratung für einen zukünftigen Haushalt des Euroraums, ein Kernanliegen Emmanuel Macrons. Der Sozialist Pedro Sánchez, neuer spanischer Ministerpräsident, zeigte sich enttäuscht. Die spanische Regierung gehört zu den stärksten Befürwortern einer weiteren Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion. Einen neuen Anlauf wird es im Dezember geben. Wolfgang Lemb, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall, kritisierte: "Offenbar haben viele Regierungen immer noch nicht verstanden, dass es robuster Mechanismen bedarf, wenn man verhindern will, dass es wieder zu einer Krise von dem Ausmaß kommt, von der wir uns bis heute nicht erholt haben."

US-Regierung verhängt Einfuhrzölle auf Stahl und Aluminium

Mit Wirkung ab 1. Juni 2018 hat die US-Regierung Einfuhrzölle auf Stahl und Aluminium aus der Europäischen Union, Kanada und Mexiko verhängt. Die EU wehrt sich mit Gegenmaßnahmen.

Die US-Regierung hat ihre Drohung wahrgemacht und zunächst ausgesetzte Zölle mit Wirkung ab 1. Juni 2018 eingeführt. Auf Stahl werden nun 25% und auf Aluminium 10% Einfuhrzölle erhoben. Das Exportvolumen von Stahl und Aluminium aus der EU in die USA beträgt jährlich etwa 6 Milliarden Euro. Insgesamt exportiert allein die deutsche Metall- und Elektroindustrie Waren im Wert von 78 Milliarden Euro pro Jahr in die USA. Im Raum steht außerdem die Drohung Präsident Trumps, Kraftfahrzeuge mit Strafzöllen zu belegen. Sollte US-Präsident Donald Trump seine Überlegung wahr machen, würden der EU gewaltige Einbußen drohen. Die EU-Kommission kündigte für diesen Fall Anfang Juli mögliche Vergeltungszölle auf amerikanische Waren im Wert von bis zu 294 Milliarden Dollar an.

Die bereits ergriffenen Maßnahmen der US-Regierung verstoßen nach Auffassung der EU gegen das internationale Handelsrecht. Sie hat deshalb rechtliche Schritte bei der WTO gegen die USA eingeleitet. Mit einer zügigen Entscheidung ist nicht zu rechnen, weswegen die EU am 18. Mai Gegenmaßnahmen beschloss. Auf bestimmte amerikanische Produkte im Wert von zunächst 2,8 Milliarden Euro werden Zölle erhoben, um den der EU entstehenden Schaden auszugleichen. Weitere Abgaben können in den nächsten drei Jahren verhängt werden. Die Einfuhrbeschränkung soll auch ein politisches Warnsignal an die Unterstützer von Präsident Trump senden, in deren Bundesstaaten die betroffenen Produkte wie Stahl- und Aluminiumerzeugnisse, Whiskey, Jeans oder Motorräder hergestellt werden. Und in der Tat, die Traditionsmarke Harley Davidson zieht bereits Konsequenzen und verlagert Produktion ins Ausland.

Auslöser für die aktuellen Maßnahmen der US-Regierung ist das Handelsbilanzdefizit der USA mit der EU und anderen Wirtschaftsräumen. Protektionismus ist aus Sicht der IG Metall keine Lösung: ?Sinnvoller wäre es, die Handelsbeziehungen zwischen EU und USA durch Verhandlungen neu zu gestalten. Und bei Verhandlungen über bilateralen Handel mit anderen Wirtschaftsräumen bei allen Partnern auf faire Löhne und gute Arbeitsbedingungen, hohe Umwelt- und Sozialstandards hinzuwirken, damit der Wettbewerb über Qualität und Innovation und nicht nur über den Preis stattfindet?, so Wolfgang Lemb.

• <https://www.igmetall.de/strafzoelle-fair-handeln-statt-abschotten-27183.htm>

Neue CO2-Standards müssen sowohl die soziale als auch die ökologische Nachhaltigkeit unterstützen

Im November 2017 legte die Europäische Kommission ihre Vorschläge für die CO2-Emissionsnormen für den Zeitraum nach 2021 vor. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt beraten Europäisches Parlament und Rat.

In diesem Zusammenhang veranstalteten am 7. Juni industriAll Europe und die IG Metall eine Konferenz im Europäischen Parlament. Hier wurde eine von der IG Metall in Auftrag gegebene Studie des Fraunhofer-Instituts über die Wirkungen der

Fahrzeugelektrifizierung auf die Beschäftigung in der Produktion von Antriebssträngen vorgestellt. Gastgeber der Konferenz war der französische Sozialdemokrat Edouard Martin. Werden die Ergebnisse der Studie auf die europäische Ebene übertragen, besteht die Gefahr, dass europaweit zwischen 67.000 und 210.000 Beschäftigte ihren Arbeitsplatz verlieren. IG Metall und industriAll Europe sprechen sich daher für eine Regelung aus, die als ausgewogener Kompromiss eine nachhaltige und effektive Umstellung von konventionellen auf alternative Antriebsstränge gewährleistet.

- [Presseerklärung industriAll](#)

Industriepolitisches Frühstück der IG Metall in Brüssel

Die Notwendigkeit einer industriepolitischen Strategie ist dringlicher denn je.

Die europäische Industrie muss in den kommenden Jahren auf breiter Front Antworten auf technologische und beschäftigungspolitische Umbrüche finden. Ob dies gelingt, hängt auch vom industriepolitischen Rahmen ab. Am Beispiel der Automobilzulieferindustrie diskutierten beim Industriepolitischen Frühstück auf Einladung von Wolfgang Lemb am 20. Juni in Brüssel zahlreiche Abgeordnete zur Notwendigkeit einer industriepolitischen Strategie der EU-Kommission. Betriebliche Realität nach Brüssel brachten Oliver Simon, Betriebsratsvorsitzender der Robert Bosch GmbH Werk Homburg/Saar, und Ulrich Schmitz, Betriebsratsvorsitzender der Gehring Technologies GmbH. Der anstehende Strukturwandel verändert die automobilen Wertschöpfungsketten. Arbeitsplätze und Standorte sind gefährdet, wenn eine industriepolitische Begleitung dieses Prozesses nicht bald angegangen wird?, so Wolfgang Lemb.

Herausgeber: IG Metall Vorstand
V.i.S.d.P.: Wolfgang Lemb
Verbindungsbüro Brüssel *EU Liaison Office*
International Trade Union House, Boulevard du Roi Albert II, 5, B-1210 Brussels
Tel: +32 2 218 33-20 E-Mail: newsletter-bruessel@igmetall.de



[Newsletter bestellen](#) [Newsletter abbestellen](#)

IG Metall Vorstand